Nr. 22. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 14. Januar 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem preußischen Staatshaushaltsetat pro 1898/99.

(Schluß.)

Im **Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung** wird eine Stelle für einen ständigen bautechnischen Hülfsarbeiter in der Zentralabtheilung des Ministeriums (Regierungs- und Baurath) neu verlangt. Neben den 88 bereits etatsmäßigen Gewerbeinspektoren sollen weitere 6 dieser Stellen in etatsmäßige umgewandelt werden. Da sich die Aussichten auf Beförderung für die jetzt in Assistentenstellen thätigen Beamten außerordentlich ungünstig gestalten, sollen 12 der dienstältesten bewährtesten Assistenten als Gewerbe-Inspektions-Assistenten etatsmäßig angestellt werden. Bei dem Staatskommissariat für die Berliner Börse sollen die Bureaubeamten- und Botenstellen etatsmäßig werden. Da die Gewerbeaufsicht immer mehr Kräfte in Anspruch nimmt, sollen 11 auftragsweise zu beschäftigende Assistenten neu eingestellt werden. — Die Remunerirung der Vorsitzenden der Arbeiterversicherungs-Schiedsgerichte ist wegen Zunahme der Berufungen um 30 000 M. erhöht worden. — Die Ausgaben für das gewerbliche Unterrichtswesen haben eine Zunahme von 868 674 M. erfahren. In Frankfurt a. O. soll eine neue zehnklassige Baugewerkschule errichtet, bei den Baugewerkschulen in Posen und Buxtehude statt der jetzt acht Klassen zehn eingerichtet, bei denen in Königsberg i. Pr., Görlitz, Eckernförde, Deutsch-Krone, Nienburg, Idstein, Kassel und Barmen-Elberfeld die Besoldungen verschiedener Lehrer auf ein volles Jahr ausgebracht, in Höxter die Lehrerzahl vermehrt, bei den Maschinenbauschulen in Dortmund die Vermehrung des Unterrichts fortgeführt, in Altona und Görlitz die Errichtung von Maschinenbauschulen in die Wege geleitet, die Bronze-Industrie-Fachschule zu Iserlohn in eine Staatsanstalt umgewandelt werden. 120 000 M. sind mehr eingesetzt unter den Zuschüssen für Einrichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen, daneben 75 000 M. mehr für die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen. Was die vom Staate unterstützten Fachschulen betrifft, so wird neu unterstützt werden eine Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Erfurt, eine höhere Webeschule in München-Gladbach und eine Webereilehrschule in Langenbielau. Der Fonds zur Ausbildung von Kunst- und anderen Handwerkern ist um 15 000 M., der zu Aufwendungen behufs Förderung des gewerblichen Unterrichts um 75 500 M. erhöht worden. — Auch unter den einmaligen Ausgaben ist eine ganze Anzahl neuer Posten für Anschaffungen in gewerblichen Schulen vorgesehen. 80 000 M. sind für Betheiligung der königl. Porzellan-Manufaktur an der Pariser Weltausstellung als vorläufige Ausgabe ausgeworfen.

Im **Etat der Justizverwaltung** ist die Einnahme aus den Gerichtskosten um 1,8 Millionen erhöht, die aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen um 45,000 Mk. — Im Justizministerium soll eine zweite Direktorstelle geschaffen werden. Dem neuen Direktor sollen die Geschäfte in einzelnen Strafsachen, welche u. a. die Beschwerden, die internationalen Ersuchen um Rechtshülfe und Auslieferungen sowie die Begnadigungen zum Gegenstand haben, übertragen werden. Bei den Oberlandesgerichten sollen neue Stellen für einen Senatspräsidenten in Breslau, fünf Oberlandesgerichtsräthen und zwar beim Kammergerichte und je 1 bei den Oberlandesgerichten in Frankfurt a. M., Königsberg und Stettin, 1 Staatsanwalt in Celle, bei den Landgerichten und Amtsgerichten für 1 Landgerichtsdirektor in Dortmund, 7 Landsrichter in Landsberg a. W., Beuthen O./S., Gleiweits, Hannover, Köln, Saarbrücken und Essen, 22 Amtsrichter in Berlin II., Charlottenburg, Spandau, Beuthen O./S., Breslau, Gleiwitz, Myslowitz, Zabrze, Kassel, Hannover, Königswinter, Bochum, Dortmund, Essen, Mülheim (Ruhr), Münster und Stettin, außerdem 5 im Bezirk Köln, 10 Staatsanwälte bei den Landgerichten Berlin I., Frankfurt an der Oder, Beuthen O./S., Hannover, Aachen, Koblenz, Düsseldorf, Saarbrücken, Bochum und Essen geschaffen werden. Auch für das Beamten-Personal an den Gefängnissen sollen vielfach neue Stellen geschaffen werden. — Unter den einmaligen Ausgaben sind neue Forderungen eingestellt für amtsgerichtliches Geschäfts- und Gefängnißgebäude in Wartenburg in O.-Pr., Gefängniß zur Unterbringung der wegen Uebertretungen in Untersuchungshaft genommenen Männer zu Berlin, Gerichtsgefängniß in Guben, amtsgerichtliches Gefängniß in Schwedt a. O., Amtsgericht in Neudamm, in Lauban, in Lieban, in Ujest, in Brieg, Mansfeld, Bentheim, Plettenberg, Bünde und Rhaunen. 150 000 Mk. sind als erste Rate zum Um- und Erweiterungsbau des Geschäftsgebäudes des Justizministeriums eingestellt.

Im **Etat des Ministeriums des Innern** sind unter den Einnahmen 148 550 M. mehr an Beiträgen der Gemeinden zu den Kosten der königl. Polizeiverwaltungen vermerkt. Es rührt das daher, weil in Kiel und in Schöneberg königl. Polizeiverwaltungen errichtet werden sollen. — Unter den Ausgaben ist zunächst ein Mehr von 146 700 M. zu vermerken, welches zur Erhöhung der Dienstaufwands-Entschädigungen der Landräthe und der Oberamtmänner um durchschnittlich 300 M. dienen soll. Für die anderweite Organisation der Kriminalpolizei sind für Berlin 1 Kriminalinspektor und 51 Kriminalpolizeiwachtmeister in Aussicht genommen. Je ein Wachtmeister soll an je ein Revier überwiesen werden. Die Durchführung der Maßnahme soll auf zwei Jahre vertheilt werden; es sind daher zunächst Mittel für zunächst 50 solcher Stellen vorgesehen. Außerdem werden für Berlin gefordert 2 Revier-Kriminalschutzmänner, 2 Kriminalschutzmänner im Vorortsdienst, 1 Schutzmann in Zivil, 43 uniformirte Schutzmänner. Auch für andere Polizeiverwaltungen ist eine Vermehrung der Stellen für die Kriminalpolizei vorgesehen. Neu werden gefordert Stellen für zwei Polizeiinspektoren, 16 Polizeikommissare, 24 Wachtmeister, 261 Schutzmänner.

Im **Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung** werden die Stellen eines vortragenden Raths in der Zentrale zur besseren Bearbeitung der Agrarfrage, eines Raths bei den Generalkommissionen, 10 Generalkommissions-Sekretäre und eben so vieler Spezialkommissions-Sekretäre, 20 Vermessungsbeamte, 6 Zeichner, 2 Wiesenbaumeister, 7 Spezialkommissare verlangt. 570 000 Mark sind mehr eingesetzt zur Remunerirung in Folge des Anwachsens der Geschäfte der Auseinandersetzungsbehörden in den westlichen Provinzen und der Durchführung der Rentengutsgesetzgebung. Zur Gewährung von Beihülfen zu den bei den Auseinandersetzungsgeschäften vorkommenden sogenannten Folgeeinrichtungskosten sind 30 000 Mark mehr, zu demselben Zwecke bei den Rentengutsbildungen sowie zur Verhütung von Verlusten der Rentenbanken 20 000 Mark mehr eingestellt. Der Aufbesserung der Besoldungen der Lehrer an den Landwirthschaftsschulen soll ein Mehr von 70 000 Mark dienen. 7 Departementsthierarztstellen sollen in vollbesoldete verwandelt, 10 Kreisthierarztstellen neu geschaffen werden. Zur Unterstützung und Förderung der Geflügelzucht ist ein neuer Posten in Höhe von 30 000 Mark eingestellt. Für Landesmeliorationen werden Stellen von 2 Regierungs- und Bauräthen, 9 Wiesenbaumeistern, zwei Strommeistern, zwei Wasserbauaufsehern neu verlangt. Der Fonds zur Förderung genossenschaftlicher und kommunaler Flußregulirung ist um 100 000 Mark, der zur Förderung des Obst-, Wein- und Gartenbaues um 10 000 Mark erhöht. — Unter den einmaligen Ausgaben sind die verschiedensten Posten zur Förderung der Landwirthschaft höher angesetzt worden. So der für die östlichen Provinzen um 50 000 Mark, für die westlichen um 100 000 Mark, für die Prämiirung der Zucht von Hengsten 50 000 Mark, für andere Thierzucht um 20 000 Mark, für Unterstützung landwirthschaftlicher Vereine um eben so viel. Neu eingestellt ist ein Posten von 117 335 Mark, welcher sich auf die Verhütung von Hochwasserkatastrophen bezieht. Er soll zur Beihülfe für die Eindeichung der Bergal-Ottayer Niederung und der linksseitigen Odermündung unterhalb Ohlau und die dadurch zu erzielende Verbesserung des Hochwasserabflusses dienen. 50 000 Mark (1. Rate) sind zur Beihülfe für die Eindeichung, Ent- und Bewässerung der Schiedlo-Schönfelder Niederung, 100 000 Mark zu Versuchen für die Ermittelung und Ausführung geeigneter Maßnahmen zur Zurückhaltung des Wassers und der Geschiebe in den Quellgebieten von Gebirgsflüssen, 6000 Mark als Verwaltungszuschuß für ein in Berlin zu errichtendes Kornlagerhaus bestimmt.

Der **Etat des Kultusministeriums** schließt in der Einnahme mit 4,5 Millionen (mehr 1,3 Millionen) ab. — In den dauernden Ausgaben sind bei den Universitäten neu ausgeworfen: Besoldungen für ein Ersatz-Ordinariat für Staatswissenschaften sowie für Geburtshülfe und Gynäkologie in Königsberg, für zwei Extraordinariate in der juristischen Fakultät, eines für orientalische Philologie, zwei Abtheilungsvorsteher beim zahnärztlichen Institute, eines beim zweiten chemischen Institute, eines Vertreters für Militärrecht zu Berlin, für je ein Extraordinariat für Staatswissenschaften und in der juristischen Fakultät in Greifswald, für ein Extraordinariat in der katholischen theologischen Fakultät, Umwandlung eines Extraordinariats für Landwirthschaft in ein Ordinariat, Extraordinariat für Agrikultur- und Thier-Chemie zu Breslau, Umwandlung eines Extraordinariats für Staatswissenschaften in ein Ordinariat, Extraordinariat für Thierheilkunde in Halle, Extraordinariat in der juristischen Fakultät, Ersatz-Ordinariat für Chirurgie, Ordinariat für Astronomie in Kiel, Extraordinariat für Serumtherapie und Ohrenheilkunde in Marburg, Extraordinariat für Ohrenheilkunde und Ordinariat für Hygiene in Bonn. Ueber die Professorenbesoldung sind folgende Vermerke in den Etat eingerückt: „Vermerk 1. Die Besoldungen der ordentlichen und diejenigen der außerordentlichen Professoren bei den Universitäten (ausschließlich Berlin), der Akademie zu Münster und dem Lyceum Hosianum zu Braunsberg sind je untereinander übertragbar. Außerdem übertragen sich die Besoldungsfonds der ordentlichen und der außerordentlichen Professoren sowohl bei der Universität Berlin, als auch bei der Gesamtzahl der übrigen Universitäten u. s. w. bis zum Betrage von je 25 000 Mark. Vermerk 2. Ersparnisse, welche an den Fonds zu Besoldungen der Universitätslehrer mit Ausschluß der Fonds zu Wohnungsgeldzuschüssen entstehen, können, soweit sie nicht zur Bestreitung der Kosten einer kommissarischen Verwaltung der betreffenden Stelle erforderlich sind, zu außerordentlichen Remunerationen für die Ausfüllung von Lücken innerhalb derselben Fakultät, zu welcher die Stelle gehört, verwendet werden." Zu jährlichen Zuschüssen an etatsmäßige Professoren mit geringfügigen Nebenbezügen sind 12 000 Mark neu eingestellt. — Es wird beabsichtigt, die Wittwen- und Waisengelder für die Hinterbliebenen der nach dem 1. April 1898 versterbenden etatsmäßigen Professoren an den Universitäten, der Akademie zu Münster und dem Lyceum zu Braunsberg, und zwar das jährliche Wittwengeld für die Wittwe eines ordentlichen Professors von 1400 auf 1650 Mark, für die Wittwe eines außerordentlichen Professors von 1000 auf 1300 Mark, das jährliche Waisengeld für eine Ganzwaise von 600 auf 720 Mark, für jede weitere Ganzwaise von 400 auf 480 Mark, für eine Halbwaise von 400 auf 480 Mark, für jede weitere Halbwaise von 250 auf 300 Mark zu erhöhen. Der hiernach erforderliche Mehrbedarf stellt sich auf 25 000 Mark. Um den dieser Neuregelung nicht unterfallenden Hinterbliebenen der vor dem 1. April 1898 verstorbenen Universitätslehrer in ausreichenderem Maße als bisher zu Hülfe zu kommen, ist zur Gewährung von Unterstützungen an dieselben ein künftig wegfallender Betrag von 5000 Mark erforderlich. — Die Zuschüsse für die vom Staat zu unterhaltenden höheren Lehranstalten sind um 2,3 Millionen erhöht. Ein neuer Fonds in Höhe von 1 076 874 Mark ist zu Zuschüssen behufs Verbesserung der Besoldung der Lehrer und Beamten an den nicht staatlichen höheren Unterrichtsanstalten und der Versorgung ihrer Hinterbliebenen bestimmt. Für Schullehrer- und Lehrerinnen-Seminare sind 402 266 Mark, für die Präparanden-Anstalten 37 500 Mark mehr eingestellt. Bei der Schulaufsicht wird die Gründung von 23 neuen Kreis-Schulinspektorstellen beabsichtigt. Der Fonds zur allgemeinen Erleichterung der Volksschullasten konnte in Folge der Bestimmung im § 27 Ziffer II des Lehrerbesoldungsgesetzes um 2 750 000 Mark ermäßigt werden. Zu Beihülfe an Schulverbände sind dagegen 2 186 027 Mark mehr eingestellt. Der zur Durchführung des Lehrerbesoldungsgesetzes in den vorigen Etat eingestellte Fonds von 5,3 Millionen konnte aufgehoben werden, da sein Betrag auf andere Titel vertheilt ist. Dazu gehört auch der Titel, welcher die Zuschüsse für die Alterszulagekassen der Volksschullehrer und Lehrerinnen betrifft, dieser ist um nicht weniger als 11 770 000 Mark erhöht. Auch der Fonds zur Errichtung neuer Schulstellen ist namentlich mit Rücksicht auf das Bedürfniß des platten Landes gesteigert, ebenso wie der Fonds zu Unterstützungen für Wittwen und Waisen von Elementarlehrern um 50 000 Mark verstärkt ist. Namentlich, weil für den hauswirthschaftlichen Unterricht der Mädchen und den Handfertigkeitsunterricht der Knaben größere Aufwendungen nöthig sind, ist der Dispositionsfonds für das Elementar-Unterrichtswesen um 60 000 Mark erhöht. Insgesamt ist die Ausgabe für das Elementar-Unterrichtswesen um 6,9 Millionen gesteigert. — Für Vermehrung und Unterhaltung der Sammlungen der Kunst-Museen sind 60 000 Mark mehr eingestellt. Das Plus soll ein dauerndes sein. — An der königlichen Bibliothek zu Berlin sollen zwei Bibliothekare neu angestellt werden. — Eine meteorologische Station soll auf der Schneekoppe neu errichtet werden. An dem astrophysikalischen Observatorium bei Potsdam sind zwei neue Stellen für Observatoren vorgesehen, die nothwendig werden, sobald der für das Institut zum Herbst 1898 zu beschaffende große Refraktor in Benutzung genommen werden wird. — Zum Ankauf von Kunstwerken für die Nationalgallerie sind 50 000 Mark mehr ausgeworfen, der Akademie der Künste in Berlin und den mit ihr verbundenen Instituten 31 620 Mark mehr zugewiesen. Für die Kunstschule in Berlin sollen pensionsfähige Stellen für die Lehrer begründet werden. An der Technischen Hochschule zu Berlin wird eine Professur für Elektrochemie, zu Hannover eine solche für Elektrochemie und Elektrotechnik zu begründen beabsichtigt. — Für Neubau und Unterhaltung der Kirchen, Pfarr- und Schulgebäude sind 154 000 Mark mehr, für verschiedene andere Ausgaben für Kultus- und Unterrichtszwecke 451 068 Mark mehr eingestellt. — In die einmaligen Ausgaben sind die verschiedensten Neuausgaben bei den verschiedensten Universitäten eingestellt. In Breslau soll ein Physikalisches Institut neu gebaut werden, in Kiel eine medizinische Klinik und eine Universitäts-Irrenklinik, in Münster ein physikalisches Institut. — Zur Unterstützung von Schulverbänden wegen Unvermögens und für Elementarschulbauten sind drei Millionen neu eingestellt, zum Neubau der akademischen Hochschulen für die bildenden Künste und für Musik in Berlin auf dem Grundstück der Thiergarten-Baumschule 1 500 000 Mark (1. Rate), für den Neubau eines Bibliothekgebäudes für die Technische Hochschule in Aachen 120 000 Mark, zur Errichtung einer Station für Unfallverletzte in dem Charitee-Krankenhause zu Berlin 9050 Mark, für das Charitee-Krankenhaus Berlin (Neubau) 937 300 Mark, zur Errichtung einer Station für Tollwuthkranke bei dem Institut für Infektionskrankheiten zu Berlin 4000 Mark, zur Bekämpfung der Lepra 36 000 Mark, zur Bekämpfung der Granulose 350 000 Mark ausgeworfen.

Esterhazy-Dreyfus.

Die Komödie des Esterhazy-Prozesses ist beendet, aber sie spielt sich fortgesetzt weiter, und heftiger denn je stehen sich die Parteien für und wider Esterhazy resp. Dreyfus gegenüber. Daß trotz der bündigen Widerlegung, die alle auf einen angeblichen Verrath an Deutschland bezüglichen Phantasien gefunden haben, in der französischen Presse nach wie vor an diesem Märchen festgehalten wird, erhellt aus dem Leitartikel des „Echo de Paris". Dieser Artikel, der von der Freisprechung Esterhazys handelt und dem „Syndikat der Bande" Mathieu, Scheurer-Kestner, Reinach, Leblois und Picquart die verdiente Strafe ankündigt, schließt mit der Konstatirung der „erfreulichen Thatsache", daß der skandalöse Prozeß den französischen Patriotismus neu belebt und mehr als einen Franzosen, welcher schon geneigt war, den Frankfurter Frieden als ein historisches Datum anzusehen (!), aus seiner Betäubung aufgerüttelt habe. „Der Prozeß Esterhazy hat den Franzosen in Erinnerung gebracht," heißt es, „daß es ein Deutschland giebt. Er hat gezeigt, daß die patriotische Gesinnung immer für alte Eindrücke empfänglich fortlebt — wie hätte man sich sonst wegen eines Dreyfus und seines Anhangs so aufregen können! — und das Land von einem Alpe befreit. Zu diesem Erwachen nach einem dumpfen Winternachtstraum müssen wir uns Glück wünschen. Dieser Tag bedeutet einen Triumph für das Vaterland, für das Heer, für die Fahne." — Das Erwachen aus einem „dumpfen Winternachtstraume" könnte sich ganz anders vollziehen, als das „Echo de Paris" zunächst ahnt.

Der Ministerrath beschäftigte sich gestern mehrere Stunden lang ausschließlich mit der Dreyfus-Sache, die das ganze öffentliche Leben beherrscht. Man erörterte die Haltung, die den angekündigten Anfragen in Senat und Kammer gegenüber einzunehmen sei, und die Maßregeln, die angewendet werden könnten, um die unbeugsamen Vertheidiger des Rechts stumm zu machen. Die Minister scheinen indeß, trotz endloser Rederei, rathlos zu sein und drücken dies durch die Umschreibung aus, daß sie erst im Sonnabend-Ministerrath unter Faures Vorsitz einen Beschluß fassen werden. Namentlich konnten sie sich nicht darüber einigen, ob Zola wegen seines Briefes in der „Aurore" unter Anklage gestellt werden soll.

Zur Kennzeichnung der Wirkung dieses Briefes sei nur der eine Zug angeführt, daß gestern Nachmittag gegen 2 Uhr ein Mann in den Zeitungskiosks des Boulevards gegen 50 Stück der „Aurore" zusammenkaufte, sie auf einen Haufen schichtete und mitten auf dem Bürgersteig des Boulevard Montmartre anzündete. Die Polizei löschte den Brand. Oberst-Lieutenant Picquart wurde (wie schon gemeldet wurde) gestern früh verhaftet. Ein Gendarmerie-Oberst erschien um 6½ Uhr vor Picquarts Hause in der Rue Yvonvillarceau in einem Regimentswagen, begleitet von zwei Trainsoldaten, holte Picquart, der nach Aussage eines Zeugen des Auftrittes, des Pförtners nämlich, weder überrascht noch unruhig schien, hinab und fuhr mit ihm nach dem Mont Valerien; er ist, wie es heißt, der Urkundenfälschung angeklagt. Natürlich, denn die Urkunden, die er vorgelegt hat, müssen ja falsch sein. Andernfalls sind sie für seine Verfolger vernichtend. Der Offizier, der aus Wahrheitsdrang seine Aussichten vernichtet hat, sah die glänzendste Laufbahn vor sich; er ist erst 43 Jahre alt, noch immer der jüngste Oberstlieutenant des Heeres, und erreichte diesen Rang vor vollendetem 42. Lebensjahre. Picquarts Verhaftung verursacht natürlich keinerlei Ueberraschung; alle seine den Generalstab schwer belastenden Papiere sind im Auslande in Sicherheit gebracht.

„Temps" bringt die überraschende Meldung, daß Esterhazy mitten in seinem Triumphe schlicht verabschiedet worden ist, und nicht mehr dem Heere angehört. „Temps" macht dazu die Bemerkung: „Man darf sich fragen, wie diese Maßregel mit den Militärvorschriften vereinbar ist, wenn sie nicht von Esterhazy selbst verlangt wurde." Esterhazy läßt in seinen Blättern mittheilen, seine Freunde hätten ihm widerrathen, irgend jemand herauszufordern, so lange die bürgerlichen Gerichte die Klagesache gegen Mathias Dreyfus nicht erledigt haben. Der klerikale Abgeordnete de Beauregard ließ ankündigen, er wolle einen Gesetzentwurf einbringen, der die Freizügigkeit der Juden aufhebt und ihnen verbietet, sich in den Grenzdepartements niederzulassen. Seine Parteifreunde bestimmten ihn, seine Absicht einstweilen noch nicht zu verwirklichen.

Von der „Aurore" mit dem Briefe Zolas war gestern früh 10 Uhr die ganze Auflage von 500 000 Exemplaren vergriffen; einzelne Nummern wurden bis zu 2 Franks bezahlt. Einige Hundert Rechtshörer, verstärkt durch den gewöhnlichen Pöbel der Straßenaufläufe, wollten gestern Nachmittag von der Rechtsfakultät vor die Redaktionsräume der „Aurore" ziehen, um dort einzubrechen und alles zu verwüsten. Sie gelangten jedoch nur bis zur Seine, wo sie von der Polizei aus einander getrieben wurden. Ihr Geschrei „Nieder mit Zola!" „An den Galgen mit Zola!" erfüllte bis zu den Abendstunden das lateinische Viertel.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** hat seinem Korps „Borussia" in Bonn zur Erinnerung an seinen letzten Besuch sein Brustbildniß zum Geschenk gemacht; es ist jetzt im Salon des Korpshauses aufgestellt. Ein Werk des Hofporträtmalers Ludwig Noster, zeigt es den Kaiser in bürgerlicher Tracht mit den Farben der „Borussia". Der Rahmen ist aus Ebenholz; oben ist das preußische Wappen angebracht, von der Kette des Schwarzen Adlerordens umschlungen, darunter befindet sich die Kaiserkrone. Im Korpshause werden in einem Glasschrank auch Mütze, Pekesche und Bierglas aufbewahrt, deren sich der Kaiser bei seiner Anwesenheit im Bonner Korpshause bedient. Gegenwärtig ist auch der Erbgroßherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar Konkneipant der Borussen; der Erbgroßherzog hat sich gemeinsam mit dem Erbprinzen von Wied in diesem Semester zu Bonn immatrikuliren lassen. — Die fortschreitende Besserung im Befinden des **Großherzogs von Baden** läßt, wie die „Karlsr. Ztg." aus Baden-Baden meldet, hoffen, daß die großherzoglichen Herrschaften im Laufe der nächsten Woche nach Karlsruhe übersiedeln werden. — Der „Hann. Kour." bestätigt, **Bennigsen** werde im Februar an den Reichstagsverhandlungen theilnehmen, und theilt mit, er werde in der Kommission für die Marinevorlage eintreten. — Die Koburger Handelskammer hat einstimmig folgende Resolution gefaßt: Die Handelskammer für das Herzogthum Koburg begrüßt mit Freuden die Bestrebungen, in angemessener Frist eine **vaterländische Marine** zu schaffen, welche zu kräftigem Schutze und wirksamer Vertretung der überseeischen Interessen des deutschen Handels und Verkehrs geeignet erscheint, und hegt das feste Vertrauen, daß es dem Reichstage gelinge werde, eine der Flottenvermehrung günstige Entscheidung zu finden. — Zum Bau des **masurischen Schifffahrtskanals** zu Königsberg hat der Magistrat beschlossen, 100 000 M. beizusteuern. — In Lübeck beschlossen der Senat und die Geheimkommission die Einführung einer **Lübecker Staatslotterie.** — In der gestrigen Sitzung der **Landessynode zu Hannover** wurde die Kirchenregierung wegen der Amtsentsetzung dreier Geistlichen wegen ihres Verhaltens bei der Zentenarfeier scharf angegriffen. Pastor Greve-Hannover meinte u. A., daß mancher Pastor, der mit Gottes Worte in Konflikt sei, lange ertragen werde; wer aber mit dem Landeskonsistorium in Konflikt gerathe, sei bald seines Amtes verlustig. Der Abt von Loccum protestirte zwar hiergegen, jedoch wurde der Antrag des Pastors Greve, die nächste ordentliche Landessynode mit dieser Angelegenheit zu befassen, genehmigt. — Der Posener „Goniec" schärft seinen Lesern die „alte und erprobte" Warnung ein, daß von allen Germanisationsmitteln das gefährlichste die **Germanisirung durch den Katholizismus** sei. Man brauche nicht weit zu gehen, um sich zu überzeugen, daß ein deutschkatholischer Priester oder Lehrer am gefährlichsten für das polnische Element sei. Die Lage des preußischen Antheils würde thatsächlich gefährlich werden, wenn die Regierung sämtliche Regierungsposten mit Katholiken — und Preußen der Ueberzeugung nach — besetzen würde, deren Muster man jetzt auch schon antreffe. — Diese Sprache läßt sowohl der Regierung gegenüber an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, als sie auch die Versuche der „deutsch"-klerikalen Presse nichtig erscheinen läßt, das Widerstreben der erzbischöflichen Kirchenbehörde gegen Besetzung katholischer Pfarrstellen in deutschen Ansiedelungsgemeinden mit deutschkatholischen Geistlichen zu leugnen.

Deutschland.

Berlin, 14. Januar. Der Stadtverordneten-Versammlung von Berlin ist auf das Glückwunschschreiben derselben an den Kaiser zum Jahreswechsel das nachfolgende Dankschreiben zugegangen:

„Ich spreche den Stadtverordneten für die Glückwünsche, welche Sie mir im Namen der Bürgerschaft meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin beim Jahreswechsel zum Ausdruck gebracht haben, meinen Dank aus. Mit Befriedigung bin ich in der Adresse der pietätvollen Erinnerung an meinen in Gott ruhenden Herrn Vater und meinen hochseligen Herrn Großvater begegnet und habe dabei gern der erhebenden Begeisterung gedacht, mit welcher im vorigen Jahre der hundertste Geburtstag des großen Kaisers in Berlin begangen worden ist. Wie sein Standbild, so — hoffe ich — wird auch bald dasjenige seines edlen Sohnes und Nachfolgers an der Krone die Hauptstadt schmücken. Und wenn, wie die Stadtverordneten versichern, die Berliner Bürgerschaft eifrig bemüht ist, an ihrem Theile die nationale Wohlfahrt zu fördern, so wird ihr dies um so erfolgreicher gelingen, je ernster die Bürgerschaft und ihre Vertretung die dankbare Erinnerung an jene beiden Helden und die große Zeit, welche Gott der Herr durch sie unserem Volke geschenkt hat, in königstreuer Gesinnung bewahrt und bethätigt. Neues Palais, den 6. Januar 1898. (gez.) Wilhelm R."

— Zur Denkmalsangelegenheit im Friedrichshain hatte, wie die „Frs. Ztg." meldet, der Minister des Inneren Herrn Oberbürgermeister Zelle um seinen Besuch gebeten. Die Denkmalsangelegenheit war als Zweck des Besuches nicht angegeben. Anwesend war auch der Oberpräsident v. Achenbach. Im Laufe der Unterhaltung ist man dann aber direkt auf die Sache zu sprechen gekommen und hat Herrn Zelle klar zu machen versucht, daß er den Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums nicht ausführen könne. Da aber erklärte Herr Zelle rundweg, zu dem Zwecke sei er nicht gekommen; er müsse eine Einwirkung auf den Magistrat in dieser Hinsicht ablehnen.

— In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags wurde die Erörterung über die künstlerische Ausschmückung des Reichstagsgebäudes fortgesetzt und nach längerer Verhandlung der Antrag des Abg. Hammacher, eine aus Mitgliedern des Reichstags und des Bundesraths zusammengesetzte Kommission zur Ueberwachung der künstlerischen Ausschmückung des Hauses zu ernennen, mit der Modifikation angenommen, daß dieser Kommission neben 3 Bundesrathsmitgliedern 7 Reichstagsmitglieder (statt wie vorgeschlagen 5) angehören sollen. Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky theilte mit, daß die Ausführung der Beschlüsse der bisherigen Reichstagsbaukommission, soweit sie sich auf die Verwendung in Paris auszustellender Kunst- und kunstgewerblicher Gegenstände für den Reichstag beziehe, auf Grund der vorgestrigen Berathung sistirt worden sei. Er stellte ferner fest, daß die neue Kommission zu befinden haben werde, ohne das Plenum des Reichstags zu hören, und daß das Reichsamt des Innern dementsprechend seine Beschlüsse unmittelbar zur Ausführung bringen werde. Die bezügliche Etatsposition wurde mit allen gegen 3 freisinnige Stimmen genehmigt. Die Position des Präsidialgebäudes wurde einstweilen zurückgestellt, nachdem der Staatssekretär in Aussicht gestellt hatte, daß Baurath Wallot die Pläne und Anschläge bis zum 1. März vollenden werde. Zu der Forderung von 300 000 Mark für Tiefseeforschungen gab der Staatssekretär die Erklärung ab, daß man diesen Posten, wenn es sich als erforderlich erweisen sollte, künftig erhöhen werde. Der Staatssekretär machte ferner eingehende Mittheilungen über den Stand der vom Abg. Dr. Schultz-Lupitz im vorigen Jahre angeregten Frage der Schaffung einer Reichsanstalt zur Untersuchung von Pflanzen- und Thierkrankheiten. Der Abg. v. Kardorff regte die Errichtung einer Station für Erdbebenbeobachtungen an der Universität Straßburg an. Der Staatssekretär Graf von Posadowsky theilte mit, daß über diesen Gegenstand bereits Verhandlungen schweben, und stellte nähere Angaben für die zweite Lesung des Etats in Aussicht. Die Kommission erledigte gestern den Etat des Reichsamts des Innern und wird am Montag in die Berathung des Postetats eintreten.

— Ein Artikel des klerikalen „Baierischen Kurier" über die Flottenvorlage lautet in längerem Auszuge: Wir brauchen eine starke Flotte zur Nothwehr für unser ganzes Land, für unsere Industrie und für unseren Ackerbau. Stadt und Land sind in gleicher Weise daran interessirt, und Baiern nicht weniger als Preußen oder Sachsen. Und wer unserem Volke vorsagen würde: „Es ist nur für die Großen, nur für die Kaufleute und Fabrikbesitzer, nicht für den kleinen Mann, nicht für den Arbeiter, nicht für den Bauern", — der würde lügen! Bedenken über das Septennat und über die Beschaffung der Mittel giebt es ja noch genug. Aber diese Bedenken können doch wahrhaftig nicht dazu führen, daß das Zentrum in den blind-blödsinnigen Protest der Bauernbündler, Demokraten und Sozialdemokraten einstimme. Mögen die Demokraten ihre sachlichen Gründe für ihre Gegnerschaft haben: die Bauernbündler und die Sozialdemokraten (wenn es letzteren wirklich ernst ist um die Vertretung der Arbeiterinteressen!) handeln direkt gegen das Interesse der Bauern und Arbeiter, wenn sie die Vorlage rundweg ablehnen! Wir stehen unter dem Zeichen der Weltpolitik; nur Spießbürger vermögen nicht zu begreifen, daß das mit absoluter Nothwendigkeit kommen mußte; nur Spießbürger können unter philiströsen Auffassungen festhalten, daß all das nur „künstliches Erzeugniß kaiserlicher Liebhaberei" sei, nicht ein Ergebniß des mächtigen, unaufhaltsamen Zuges der Zeit. Also Weltpolitik! Uns erschreckt dieses Wort nicht im Mindesten, und hoffentlich verlernt auch das Zentrum in Bälde seinen Schreck vor diesem Popanz. Wir hoffen dies um so mehr, als eben in der „Weltpolitik" nicht nur die ausreichende Begründung einer Flottenverstärkung, sondern auch zum großen Theil die Möglichkeit gegeben ist, die Mittel für die Flottenvermehrung zu beschaffen, ohne Mehrbelastung der großen Massen. Wir würden es bedauern, wenn das Zentrum aus kurzsichtigen Erwägungen oder gar aus philiströser Scheu vor der „Weltpolitik" die Marine-Vorlage in ihren wesentlichen Theilen ablehnen würde; das deutsche Volk würde ihm in Zukunft wohl wenig Dank dafür wissen.

Italien.

Palermo, 13. Januar. Heute Nachmittag fand in dem prächtig mit Fahnen geschmückten Theater Garibaldi zu Ehren Crispis ein Festmahl statt, an welchem etwa 300 Personen theilnahmen, darunter der Bürgermeister, neun Senatoren und 13 Deputirte. Crispi hielt eine Rede, in welcher er einen Rückblick auf die Revolutionen von 1848 und 1860 warf und aus-

führte, daß die Einigkeit Italiens nothwendig und die Rückkehr Siziliens zur Selbstständigkeit ihm schädlich sein würde. „Von starken Militärmächten umgeben, mit dem benachbarten Afrika in der Hand einer auswärtigen Macht, die dasselbe wirksam befestigt, genügen die Alpen und das Meer zu unserer Vertheidigung nicht; dieselbe bedarf vielmehr starker Bataillone. Die materielle Einheit hat uns bisher nicht die Früchte gebracht, auf die wir noch immer hoffen. Wir stehen noch im Beginn des Werkes der intellektuellen und moralischen Einigung des Landes. Indessen ist die Erinnerung an unsere Triumphe nützlich." Crispi forderte schließlich die Sizilianer auf, sich von dem Gefühl der Brüderlichkeit gegenüber dem Lande erfüllen zu lassen, das ihnen die intellektuelle Einigkeit sichern werde, welche die Grundlage für die Macht und die Größe der Nation bilde. Die Rede schloß mit den Rufen: „Es lebe der König!" „Es lebe das geeinigte, untheilbare Italien!" Die Rede wurde mit lautem Beifall aufgenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Januar. Nach dem „N. W. Tagbl." poussirt Rußland neuerdings, unterstützt durch England, die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den kretischen Gouverneurposten; die übrigen Mächte beobachten eine abwartende Haltung.

Spanien und Portugal.

Madrid, 13. Januar. Dem Ministerrathe ging während seiner heutigen im königlichen Schlosse abgehaltenen Sitzung eine Depesche des Generals Blanco zu, welche meldet, daß in Havanna Volksunruhen ausgebrochen seien. Einzelheiten fehlen noch; man nimmt an, daß es sich um die bereits über Newyork gemeldeten Aufläufe vor den Zeitungsredaktionen handelt.

Von der Marine.

** Auf der kaiserlichen Werft in Kiel liegen in den beiden kleineren Docks der Kreuzer 4. Kl. „Sperber" und das Schulschiff „Stosch". Auf dem „Sperber" ist die Takelage herausgenommen, und wird die früher über mannshohe Regeling zwischen der Back und der Kampagne (Aufbau für die Kajüte) bis auf 1,4 Meter Höhe weggeschnitten, weil die Höhe der alten Regeling bei schwerem Seegang für das Schiff gefährlich werden konnte. „Stosch" erhält einen theilweise neuen Zinkbeschlag des Bodens und neuen Anstrich. Die beiden größeren Docks sind zur Zeit unbesetzt. Beim Kreuzer „Schwalbe" ist die Umänderung der Regeling beendet; das Schiff ist wieder fertig getakelt und hat den neuen Tropenanstrich der Kreuzer, weißes Schiff mit grauen Masten und Schornsteinen, erhalten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. Januar. Zu der Nachricht, daß die Reichspostverwaltung auf den Ankauf des vom Bollwerk, der Grünen Schanze, der verlängerten Schützengartenstraße und der verlängerten Heiligengeiststraße gebildeten Vierecks nicht mehr reflektire, erhalten wir von unterrichteter Seite einige nähere Mittheilungen, welche das Verfahren der Reichspostverwaltung unserer Stadt gegenüber doch als ziemlich rücksichtslos erscheinen lassen. Es haben nämlich keineswegs blos „Verhandlungen" zwischen der Post und unserer Stadtverwaltung geschwebt, sondern es ist vielmehr, und zwar auf Veranlassung des Generalpostmeisters, durch die hiesige Oberpostdirektion ein vollständiger Vertrag mit den städtischen Behörden abgeschlossen, für dessen Inkrafttreten einzig und allein nur noch die Zustimmung des Reichstages vorbehalten war. Und zwar ist dieser Vertrag keineswegs auf Betreiben unserer städtischen Behörden, sondern auf Drängen seitens der Reichspostverwaltung abgeschlossen, die dafür geltend machte, daß sie nur mit einem vollständig fertigen Vertrage vor den Reichstag treten könne. Wenn jetzt die Reichspostverwaltung sich von diesem Vertrage so ohne Weiteres lossagt, und denselben gar nicht dem Reichstage vorlegt, so wird das Interesse der Stadt Stettin dadurch doch leider schwer geschädigt. Das Bauviertel liegt jetzt mit Rücksicht auf den abgeschlossenen Vertrag schon längere Zeit vollständig brach und die Stadt verliert unnöthiger Weise die Zinsen des Kapitals, welches sie aus dem Verkaufe der Grundstücke hätte lösen können, wenn sie sich nicht ihrerseits — im Gegensatze zu der Reichspostverwaltung — an den einmal geschlossenen Vertrag gebunden gehalten hätte.

Stettin, 14. Januar. Zur Förderung der neuen Wasserstraße Berlin-Stettin hat der Bund der „Industriellen" Seine Hoheit den Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein um Uebernahme des Protektorats über seinen ständigen Kanalausschuß gebeten. Seine Hoheit hat am Dienstag den Generalsekretär des „Bundes der Industriellen" zur Audienz befohlen und auf dessen Vorschlag hin geruht, das Protektorat nicht nur für den Kanal-Ausschuß des Bundes zu übernehmen, sondern dasselbe auf den inzwischen auf Veranlassung des „Zentralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt" gebildeten vereinigten Ausschuß aller Kanal-Interessenten auszudehnen. Diesem vereinigten Ausschuß gehören auch die Vertretungen der Magistrate von Berlin und Stettin und die beiderseitigen kaufmännischen Korporationen, ferner der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine, die städtischen Vertretungen von Charlottenburg, von Spandau, Oranienburg, Bernau, Eberswalde u. a. m. an. Herzog Ernst Günther wird am Freitag den Vorsitzenden und den Generalsekretär des „Bundes der Industriellen", Herrn Kommerzienrath Wirth und Herrn Dr. W. Wendlandt, sowie die Vorsitzenden der wirthschaftlichen und technischen Abtheilung des vereinigten Ausschusses, die Herren Geheimrath Wittich und Professor Bubendey, empfangen, um den Dank für die Uebernahme des Protektorats entgegen zu nehmen.

— Der bisherige Privatdozent Dr. Brendel zu Greifswald ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Göttingen ernannt worden.

— Der Kreisbauinspektor Groeger ist von Husum nach Schlawe i. Pomm. versetzt worden.

— Der Füsilier Wilhelm Karl Ludwig Wendt der 12. Kompagnie Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. pomm.) Nr. 2 hat sich am 1. Januar 1898 Vormittags aus hiesiger Garnison entfernt. Derselbe wird wegen Fahnenflucht verfolgt.

* Vom Hauseingang Pölitzerstr. 3 wurde heute früh eine Kanne mit 20 Liter Milch gestohlen.

* Einen Selbstmordversuch unternahm heute früh der Oberwiek 43 wohnhafte Schmied Wilh. Kohlmann, indem er sich die Pulsadern der linken Hand durchschnitt. Der Mann wurde noch lebend aufgefunden und in das städtische Krankenhaus überführt.

* Auf der Sanitätswache erschien letzte Nacht gegen $11^1/_2$ Uhr der Arbeiter Gust. Ellmann, derselbe war bei einer Schlägerei durch einen Messerstich an der Stirn verletzt worden. Der Mann konnte nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen werden.

— Der Direktion des Bellevue-Theaters ist es gelungen, den Zwergkomiker Herrn Jean Brégant noch für einige Gastvorstellungen zu gewinnen und ist es dadurch möglich, den vielseitig ausgesprochenen Wünschen auf eine Wiederholung des Weihnachtsmärchens „Klein Däumling" nachzukommen. Diese Wiederholungen werden in nächster Woche, am Mittwoch und Sonnabend Nachmittag, stattfinden. — Die Aufführungen von „Die Millionen-Insel" beginnen jetzt wieder um $7^1/_2$ Uhr Abends. Am Sonntag Nachmittag geht bei kleinen Preisen „Unsere Reichspost" in Scene.

— Der „Pasew. Anz." schreibt: Die Zustände in Torgelow werden immer gefährlicher und die Bürger, insonderheit die Fabrikbesitzer, sind ihres Lebens nicht mehr sicher, und ohne Schußwaffe in den Abendstunden durch das Dorf oder gar nach den einzeln gelegenen Fabriken und Ausbauten zu gehen, ist nicht rathsam, da die Rowdies unter den Streikenden die Arbeitgeber abzufangen suchen. So sah sich am Dienstag Abend, während der Staatsanwalt im Orte noch die Untersuchung über den Todtschlag des Arbeiters Arndt leitete, der Buchhalter der S.'schen Fabrik in der Nähe des Bahnhofs plötzlich von einer ganzen Zahl solcher Wegelagerer umringt, die ihm den Weg versperrten. Der eine derselben trat dicht auf ihn zu, um ihn zu rekognosziren. Da man es jedoch augenscheinlich auf den einen der Mitbesitzer der Fabrik abgesehen hatte, gab er mit den Worten „das ist er nicht" das Zeichen zum Rückzug und die Bande verschwand, wie sie plötzlich aufgetaucht war, wieder im Gebüsch. Mit Genugthuung können wir jedoch konstatiren, daß an den groben Ausschreitungen eingeborene Torgelower Arbeiter bis auf einen im Armenhause daselbst erzogenen Menschen sich bisher nicht betheiligt haben, die Gewaltthätigkeiten vielmehr ausschließlich von den von auswärts Zugezogenen ausgeübt sind. Mit dieser Art der gewaltsamen Durchführung des Streiks sind die Torgelower Arbeiter durchaus nicht einverstanden und von vielen Seiten wird auch öffentlich der Entrüstung über das Vorgefallene aus den Arbeiterkreisen Ausdruck gegeben. Manchem der Arbeiter kommt jetzt die Einsicht, daß sie irre geführt sind und der Wunsch nach Beendigung des Streiks und Einigung mit den Besitzern wird bei diesen laut. Hoffentlich tragen die beklagenswerthen Vorfälle der letzten Tage dazu bei, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wieder herzustellen.

Aus den Provinzen.

Jakobshagen, 13. Januar. Große Aufregung in Stadt und Umgegend ist durch den vor ein paar Tage eingetretenen Konkurs über das Vermögen des Fleischermeisters und Fettviehhändlers Hermann Spiegelberg hervorgerufen worden. Hermann Spiegelberg war einer der angesehensten Bürger unserer Stadt und genoß das volle Vertrauen der meisten Einwohner. Er hat Jakobshagen ohne Spur über seinen jetzigen Aufenthalt verlassen. Wie allgemein verlautet, werden viele durch diesen Konkurs sehr empfindlich in Mitleidenschaft gezogen. (Starg. Ztg.)

§ **Wolgast**, 13. Januar. Die hiesigen städtischen Behörden haben für den Deutschen Schulverein 10 Mark pro Jahr auf 5 Jahre bewilligt. Der Stadthaushalt-Etat wurde in Einnahme und Ausgabe mit 207 000 Mark festgestellt und genehmigt.

)(**Stralsund**, 13. Januar. Das Bürgerschaftliche Kollegium hat sich im Prinzip mit der Anlage einer elektrischen Straßenbahn, sowie einer Zentrale für elektrisches Licht und elektrische Kraftabgabe einverstanden erklärt. Ferner wurde beschlossen, in Folge der erfreulichen Steigerung des Gasverbrauchs die Preise dafür weiter zu ermäßigen und zwar für Leuchtgas anstatt wie bisher 17 resp. 16 Pf., nunmehr 15 Pf. pro Kubikmeter ohne Ausnahme (Rabatt) und für Koch- und Kraftgas anstatt 12 Pf. fortan 10 Pf. pro Kubikmeter zu berechnen.

Schwedt a. O., 13. Januar. In letzter Stadtverordnetensitzung wurde die Pensionirung des Bürgermeisters Bernhardt mit jährlich 1500 Mark vom 1. April d. J. ab genehmigt. Die Stelle soll ausgeschrieben werden.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 14. Januar. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts hatten sich heute drei im hiesigen Polizeigefängniß angestellte Aufsichtsbeamte wegen erheblicher Mißhandlung von Häftlingen zu verantworten. Auf der Anklagebank mußten Platz nehmen: der 41 Jahre alte Gefängnißaufseher Max Bouchée, der 37 Jahre alte Gefängnißbeamte Hermann Bormann und der 27 Jahre alte Gefängnißaufseher Wilh. Kröning. Die beiden Erstgenannten werden beschuldigt, am 12. Juli 1897 den Hausdiener Johs. Mühlbruch mißhandelt zu haben, Kröning dagegen soll in der folgenden Nacht einen andern Arrestanten, den Dreher Burmeister mit einem harten Gegenstand auf den Kopf geschlagen haben, so daß der Mißhandelte eine blutende Verletzung davontrug. Der Angeklagte behauptet allerdings, Burmeister sei schon mit der Kopfwunde eingeliefert worden. Schlimmer ist es im Polizeigefängniß dem Mühlbruch mitgespielt. Letzterer war am Nachmittag des 12. Juli in der Königsstraße von einem Schutzmann festgenommen worden, weil er angetrunken war und Unfug getrieben hatte, auch in der Kustodie bequemte er sich erst nach mancherlei Winkelzügen dazu, seine richtigen Personalien anzugeben, die Annahme, daß er zu weiteren Ausschreitungen geneigt sei, war also nicht ganz ungerechtfertigt und eine vorläufige Inhaftirung „zur eigenen Sicherheit" vielleicht geboten, jedenfalls wurde M. nicht entlassen, sondern in eine Zelle gesteckt. Hiergegen soll Mühlbruch lebhaft protestirt haben, indem er behauptete, er sei zu Unrecht verhaftet und müsse herausgelassen werden. Um 6 Uhr wurden die Gefangenen, wie üblich, auf den Hof hinausgelassen und hierbei weigerte M. sich, den Nachteimer mitzunehmen, es bedurfte erst einiger Vorstellungen, um ihn zu dieser ja nicht sehr angenehmen, im Polizeigefängniß aber als Norm eingeführten Verrichtung zu bewegen. Während der Freizeit führte Bormann, der im Gefängniß als Portier fungirt, die Aufsicht, während Bouchée die Zellen für die Nacht herrichten ließ. Nach einer halben Stunde sollten die Gefangenen wieder hereintreten, wobei jeder sein Geschirr, Wasserkrug und Eimer selbst tragen muß, Mühlbruch lehnte dies aber nachdrücklich ab, sodaß ein anderer Häftling schließlich die Gefäße tragen mußte. Angeblich hat M. auch nicht gutwillig ins Haus zurücktreten wollen, weshalb Bormann den Bouchée zu Hülfe rief. Bis zu diesem Zeitpunkt stimmen die Angaben beider Parteien, des Verletzten und der Angeklagten, im Wesentlichen überein, dann aber ergiebt sich eine sehr erhebliche Differenz, Mühlbruch behauptet nämlich, er sei von den beiden Aufsehern sogleich gefaßt und in das Bureau gebracht worden, dort habe man ihm die Arme mit einem Strick gefesselt, sodann sei er in die Zelle gebracht, niedergeworfen und auch an den Beinen gefesselt worden, dergestalt, daß er nur auf der Brust liegen konnte. Die Art der Fesselung wurde durch die beiden Erstangeklagten im Gerichtssaale demonstrirt, dieselbe muß als barbarisch bezeichnet werden, ja sie erinnert lebhaft an Tortur. Dem Opfer werden die Oberarme mit einem Strick nach hinten zusammengezogen, dann die Beine unter dem Knie ebenfalls gefesselt und die Füße hochgezogen. Die Angeklagten behaupten zwar, der Gefesselte könne sich auf die Seite herumdrehen, man darf jedoch billig bezweifeln, daß dies ohne Hülfe auch ungelenken Menschen gelingt, außerdem kommt in Betracht, daß die so behandelten Häftlinge häufig betrunken und in Folge dessen ohnehin schwerfällig sind. Dabei ist diese Art der Fesselung im Polizeigefängniß allgemein üblich, wie die Aufseher selbst bekunden. Die Angeklagten geben zu, daß Mühlbruch zehn Minuten lang gefesselt geblieben sei, als dann die Stricke gelöst wurden, blieb er still liegen, d. h. er war vor Schmerz fast gelähmt. Die Aufseher behaupten, die Fesselung sei nothwendig geworden, weil Mühlbruch in der Zelle getobt habe, es wären ihm erst nur die Arme gebunden und da er noch nicht Ruhe gehalten habe, sei die weitere Fesselung erfolgt. Diese Darstellung weicht, wie ersichtlich, von den Angaben des Zeugen in vielen Punkten ab. Am folgenden Tage wurde M. entlassen, er spürte neben heftigen Schmerzen eine Lähmung im linken Arm, weshalb er einen Arzt aufsuchte, dieser veranlaßte die Aufnahme des Patienten in das städtische Krankenhaus, wo M. neun Wochen zubringen mußte. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Zeuge nach seiner eidlich erhärteten Versicherung noch nicht bestraft ist. — Das Gericht hielt den Zeugen Mühlbruch für durchaus glaubwürdig und darnach bezüglich der Angeklagten Bouchée und Bormann eine Mißhandlung im Amte für erwiesen. Das Betragen des M. sei keinesfalls derart renitent gewesen, daß die Angeklagten sich zur Anwendung der schärfsten Zwangsmittel berechtigt glauben konnten. Der Fall liege jedoch immerhin so, daß mildernde Umstände angenommen werden könnten, demgemäß war gegen Bouchée auf eine Gefängnißstrafe von 2 Monaten, gegen Bormann auf eine Geldstrafe von 100 Mark erkannt worden. Kröning wurde freigesprochen, da nicht nachgewiesen erschien, daß Burmeister die Verletzungen erst im Gefängniß erhalten habe.

Berlin, 13. Januar. Gegen das Urtheil der Disziplinarbehörde wider den Kriminalkommissar v. Tausch, wodurch über diesen die Strafe der Versetzung in ein anderes Amt von gleichem Range mit Verlust des Anspruches auf Umzugskosten verhängt worden ist, hat die Staatsanwaltschaft die Berufung an das Staatsministerium eingelegt.

Lissa, 13. Januar. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Gutspächter Karl Lehnhardt aus Izbice wegen Wechselfälschungen in fünf Fällen und wegen mehrfachen Betruges zu vier Jahren Zuchthaus. Lehnhardt war nach Verübung der Strafthaten, unter Zurücklassung seiner eigenen Familie, mit der Ehefrau eines Lehrers durchgegangen. Er wurde in Pest ergriffen und den diesseitigen Behörden ausgeliefert.

Landwirthschaftliches.

Der Butterabsatz an den Hauptmärkten Deutschlands. Ein unbestrittener Uebelstand, welcher dem heutigen Absatz der Butter an unseren Hauptmärkten anhaftet, ist der, daß die Butterproduzenten unser werthvollstes Meierei-Erzeugniß dem Großhandel fast bedingungslos überlassen müssen, denn, nachdem derselbe die Butter fest in Händen hat, wird die Preisbemessung vorgenommen und zwar auf Grund einer Notirung, welche der Handel einseitig und selbstständig feststellt. Diese sogenannte Butterpreisnotirung enthält nun nicht etwa Preise, welche bei Kaufabschlüssen gezahlt worden sind, in derselben wird vielmehr diejenige Preishöhe zum Ausdruck gebracht, welche der Großhandel bei der Abrechnung mit den Butterproduzenten zu Grunde legen will. Es soll hierdurch dem Großhandel durchaus kein Vorwurf gemacht werden, sondern es liegt an der ganzen Entwicklung der Verhältnisse, welche namentlich seit der zahlreichen Gründung von Molkereigenossenschaften diese Gestaltung erfahren haben. Seit dieser Zeit hat nämlich der Abschluß auf Grund der Butterpreisnotirung zugenommen und stellt heutzutage die fast ausschließliche Form von Butterverkaufsabschlüssen dar, weil der Vorstand der Genossenschaftsmolkereien, der an und für sich nicht auf Rosen gebettet ist, unter den angegebenen Verhältnissen am ehesten gedeckt ist, soweit der Absatz der Meiereierzeugnisse in Frage kommt. Es ist hier ferner noch hinzugekommen, daß der Abschluß nach der höchsten Notirungszahl und sogar noch darüber — es braucht durchaus nicht Butter bester Beschaffenheit zu sein — heute allgemein eingerissen ist. Und so hat sich die Butterpreisnotirung zu einem allmächtigen Faktor gestalten können, welcher nach vielen Richtungen hin die Verhältnisse des Buttermarktes in ungünstiger Weise beeinflußt und die Butterproduzenten benachtheiligt. Nach letzterer Richtung hin ist im Besonderen hervorzuheben, daß bei den heutigen Verhältnissen dem Butterproduzenten jeder Ansporn genommen ist, auf die Verbesserung der Butterqualität hinzuwirken, denn wenn derselbe für sein Erzeugniß die höchste Notiz und noch etwas darüber erhält, so muß er in dem Glauben leben, daß sein Erzeugniß bereits allerbeste Waare vorstellt. Die naheliegende Schlußfolgerung, daß in der Butterpreisnotirung nicht Marktpreise zum Ausdruck gebracht kommen und kommen können, wird in den Kreisen der Butterproduzenten lange nicht in wünschenswerther Weise gewürdigt. Denn wenn alle ihre Abschlüsse nach fertiger Notiz machen wollen, so mangelt es naturgemäß an den erforderlichen Unterlagen, nämlich den am Hauptmarkte dem Produzenten thatsächlich gezahlten Preisen, um überhaupt eine eigentliche Notirung herstellen zu können. Die Bestrebungen, dem unheilvollen Einfluß der sogenannten Butterpreisnotirung entgegenzutreten, sind daher nicht neu, haben aber leider seitens der Milchwirthe nicht die erforderliche Unterstützung gefunden. So ist das von den bestehenden Butterverkaufsverbänden zusammengebrachte Quantum Butter bisher ein zu geringes gewesen, als daß es von erheblichem Einfluß auf die Preisbildung hätte sein können; die die Butterproduzenten treffenden Nachtheile bestehen nach wie vor. Mit großer Freude ist es daher zu begrüßen, daß, soweit der Berliner Buttermarkt in Frage kommt, in den betheiligten Kreisen der Landwirthschaft ein weiterer Zusammenschluß der Produzenten zu einem großen Verkaufsverbande angestrebt wird. Die Angelegenheit ist von dem Ausschuß für Molkereiwesen der Landwirthschaftskammer für die Provinz Pommern in Angriff genommen, und sind die Vorarbeiten soweit gefördert, daß bereits, wie wir vor einigen Tagen berichten konnten, die begründende Versammlung am 7. Februar d. J. in Stettin stattfinden wird.

Kunst und Wissenschaft.

Hamburg, 13. Januar. Die Direktion Bittong-Bachur schloß heute zwei hervorragende Neuengagements ab. Für die Oper wurde die Kammersängerin Frau Bertram-Moran-Olden für die kommende Saison kontraktlich verpflichtet und dem Schauspiel eine jugendliche Heroine ersten Ranges in Fräulein Marie Pospischill, welche den mit der Dresdener Hofbühne abgeschlossenen Vertrag rückgängig machte, auf fünf Jahre gesichert.

Rom, 13. Januar. In San Remo soll ein Denkmal für Kaiser Friedrich errichtet werden.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 13. Januar. Das Sloman'sche Vollschiff „Koelliker", am 6. Juni v. J. von Calcutta abgegangen, ist verschollen und vermuthlich mit 22 Mann Besatzung untergegangen.

London, 13. Januar. Der neue Stahldampfer „Lady Furneß", 3158 Tons, auf der Reise nach Singapore, ist mit 40 Mann Besatzung verschollen.

Vermischte Nachrichten.

Goldap, 13. Januar. Die Dampfmühle von Dr. Rothe steht in Flammen. Sie gilt für verloren, da die Feuerwehr dem Brande gegenüber machtlos ist.

Braunschweig, 13. Januar. Wie die „Braunschw. Landesztg." meldet, wurde heute hier der Tischler Wilhelm Waldmann verhaftet und der Militärbehörde zugeführt. Derselbe ist beschuldigt, im September 1897 aus den Munitionsräumen des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 31 in Bischweiler mittelst Einbruchs Zündtheile besonderer Konstruktion 2c. entwendet zu haben. Waldmann desertirte im Jahre 1890 aus dem genannten Regiment, diente fünf Jahre in der französischen Fremdenlegion und verbüßte nach seiner Rückkehr eine einjährige Festungsstrafe.

Bombay, 13. Januar. In der vergangenen Woche sind in Bombay 450 Personen an der Pest gestorben, die Gesamtsterblichkeit betrug in der letzten Woche 1307.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Januar. Wetter: Schön. Temperatur + 4 Grad Reaumur. Barometer 778 Millimeter. Wind: SW.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 38,00 bez.

Berlin, 14. Januar. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 38,70, loco 50er amtlich 58,00.

London, 14. Januar. Wetter: Trübe.

Berlin, 14. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß Consols 4%	103,30	London kurz	—,—
do. do. $3^1/_2$%	103,40	London lang	—,—
do. do. 3%	97,90	Amsterdam kurz	—,—
Deutsche Reichsanl. 3%	97,60	Paris kurz	—,—
Pomm. Pfandbriefe $3^1/_2$%	100,75	Belgien kurz	—,—
do. do. 3%	92,50	Berliner Dampfmühlen	131,00
do. Neuländ. Pfdbr $3^1/_2$%	100,20	Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	93,50
3% neuländ. Pfandbriefe	91,80	„Union", Fabrik chem Produkte	124,90
Centrallandsch. Pfdbr. $3^1/_2$%	100,80	Barziner Papierfabrik	188,50
do. 3%	92,80	Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	191,00
Italienische Rente	94 60	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,80
do. 3% Eisenb.-Oblig.	58,60	$3^1/_2$% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,75
Ungar. Goldrente	103 20	Stett. Stadtanleihe $3^1/_2$%	—,—
Rumän. 1881er am. Rente	101,10	**Ultimo-Kourse:**	
Serbische 4% 95er Rente	64,10	Disconto-Commandit	202,75
Griech. 5% Goldr. v. 1890	34,25	Berliner Handels-Gesellsch.	175,25
Rum. amort. Rente 4%	93,10	Oesterr. Credit	224,50
Mexikan. 6% Goldrente	98,80	Dynamite Trust	174,60
Oesterr. Banknoten	169,80	Bochumer Gußstahlfabrik	203,00
Russ. Banknoten Cassa	216,60	Laurahütte	185,75
do. do. Ultimo	216,50	Harpener	187,00
Gr. Russ. Zollcoupons	323,80	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	198,90
Französische Banknoten	80,9.	Dortm. Union Littr. C.	100,75
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) $4^1/_2$%	93,50	Ostpreuß. Südbahn	95,40
do. (100) 4%	90,1	Marienburg-Mlawkabahn	85,50
do. (100) 4%	89,00	Norddeutscher Lloyd	11.,50
do. unkb. b. 1905 (100) $3^1/_2$%	—,—	Lombarden	35,75
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50	Franzosen	147,40
Stett. Vulc.-At. Littr. B.	188 00	Luxemb. Prince-Henribahn	117,00
Stett. Vulc.-Prioritäten	188,00		
Stettiner Straßenbahn	156,00		
Petersburg kurz	216,65		
Warschau kurz	216,25		

Tendenz: Fest.

Paris, 13. Januar, Nachmittags. (Schlußkourse.) Träge.

	13.	12.
3% Franz. Rente	103,10	103,15
5% Ital. Rente	94,02	94,22
Portugiesen	—,—	—,—
Portugiesische Tabaksoblig.	—,—	475,00
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	67 00	67,10
$3^1/_2$% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	94,95	95,00
4% Serben	64,10	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	60,53	60,87
Convert. Türken	22,30	22,40
Türkische Loose	114 00	114,00
4% türk. Pr.-Obligationen	469,00	470,00
Tabacs Ottom.	291,00	295,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	683,00	685,00
Oesterreichische Staatsbahn	738,00	738,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3545	3540
B. de Paris	895,00	897,00
Banque ottomane	562,00	564,00
Credit Lyonnais	819,00	822,00
Debeers	749,00	749,00
Langl. Estat.	101,00	100,50
Rio Tinto-Aktien	664,00	664,00
Robinson-Aktien	214,50	217,50
Suezkanal-Aktien	3373	3348
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,87	206,87
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122,50
do. auf Italien	4,62	4,62
do. auf London kurz	$25,20^1/_2$	25,21
Cheque auf London	$25,22^1/_2$	25,23
do. auf Madrid kurz	370 40	370,00
do. auf Wien kurz	207,87	207,87
Huanchaca	35,50	35,50
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 13. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 30,75, per Mai 31,25, per September 31,75, per Dezember 32,25.

Hamburg, 13. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Januar 9,25, per Februar 9,35, per März $9,42^1/_2$, per Mai 9,55, per Juli $9,67^1/_2$, per Oktober $9,57^1/_2$. Stetig.

Bremen, 13. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 4,95 B. Schmalz fest. Wilcox $26^1/_2$ Pf., Armour shield 27 Pf., Cudahy 28 Pf., Choice Grocery 28 Pf., White label 28 Pf. Speck fest. Short clear middl. loko $27^1/_4$ Pf. Reis stetig.

Pest, 13. Januar, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko schwächer, per Frühjahr 11,93 G., 11,94 B., per September 9,43 G., 9,45 B. Roggen per Frühjahr 8,69 G., 8,71 B. Hafer per Frühjahr 6,34 G., 6,35 B. Mais per Mai-Juni 5,30 G., 5,32 B. Kohlraps loko —,— G., —,— B. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 13. Januar. Java-Kaffee good ordinary 38,00.

Amsterdam, 13. Januar. Bancazinn 38,00.

Amsterdam, 13. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per März 220,00, per Mai 208,00. Roggen loko —, do. auf Termine ruhig, per März 129,00, per Mai 125,00, per Juli —,—. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per September-Dezember —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 13. Januar. Getreidemarkt. Weizen weichend. Roggen behauptet, Hafer weichend. Gerste weichend.

Antwerpen, 13. Januar, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14,25 bez. u. B., per Januar 14,25 B., per Februar 14,25 B., per März-April 14,25 B. Ruhig.

Schmalz per Januar 56,00. Margarine —,—.

Paris, 13. Januar, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 29,00 bis 29,50. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 31,75, per Februar 31,87, per März-Juni 32,50, per Mai-August 32,87.

Paris, 13. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Januar 28,10, per Februar 28,10, per März-April 27,60, per März-Juni 27,45. Roggen ruhig, per Januar 17,50, per März-Juni 17,75. Mehl fest, per Januar 59,35, per Februar 59,30, per März-April 59,00, per März-Juni 58,80. Rüböl matt, per Januar 55,00, per Februar 54,75, per März-April 54,75, per Mai-August 55,00. Spiritus behauptet, per Januar 42,25, per Februar 42,25, per März-April 42,25, per Mai-August 42,00. — Wetter: Nebelig.

Havre, 13. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 37,00, per Mai 37,25 per September 37,50. Ruhig.

London, 13. Januar. 96proz. Javazucker 11,37 stetig. Rüben-Rohzucker loko $9^3/_{16}$, sich wieder bessernd. Centrifugal —,—.

London, 13. Januar. Spanisches Blei 12 Lstr. 13 Sh. 9 d. bis — Lstr. — Sh. — d.

London, 13. Januar. Chili-Kupfer 48,87, per drei Monate $49^1/_{16}$.

London, 13. Januar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

Glasgow, 13. Januar. Die Verschiffungen von Roheisen betrugen in der vorigen Woche 4698 Tons gegen 7238 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 13. Januar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 Sh. 7 d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. 8 d.

Newyork, 13. Januar. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 91,62. Mais per Mai 33,87.

Newyork, 13. Januar, Abends 6 Uhr.

	13.	12.
Baumwolle in Newyork	$5^{15}/_{16}$	$5^{15}/_{16}$
do. Lieferung per Februar	—,—	5,70
do. Lieferung per April	—,—	5,78
do. in Neworleans	$5^5/_{16}$	5,25
Petroleum, raff. (in Cases)	5,95	5,95
Standard white in Newyork	5,40	5,40
do. in Philadelphia	5,35	5,35
Credit Balances at Oil City Febr.	65,00	65,00
Schmalz Western steam	5,00	5,05
do. Rohe und Brothers	5,25	5,35
Zucker Fair refining Moscovados	3,75	3,75
Weizen stetig.		
Rother Winterweizen loko	100,62	100,62
per Januar	98,50	98,37
per Februar	97,37	97,25
per März	96,00	95,87
per Mai	92,12	92,12
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,25	6,25
per Februar	5,50	5,50
per April	5,75	5,70
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,90	3,95
Mais stetig,		
per Januar	—,—	32,87
per März	—,—	—,—
per Mai	34,25	34,00
Kupfer	10,85	10,85
Zinn	13,80	13,75
Getreidefracht nach Liverpool	3,25	3,25

Chicago, 13. Januar.

	13.	12.
Weizen stetig, per Januar	90,75	91,00
per Mai	90,50	90,37
Mais stetig, per Januar	26,62	26,50
Pork per Januar	9,30	$9,37^1/_2$
Speck short clear	$4,87^1/_2$	$4,87^1/_2$

Wollberichte.

Bradford, 13. Januar. Wolle fest, Preise unverändert, Mohairwolle stramm, Garne stetig, Preise behauptet. Stoffe für Frühjahr belebter.

Wasserstand.

* **Stettin**, 14. Januar. Im Revier 5,57 Meter = 17' 9".